

Rede des Genossen L. I. B r e h n e w, Erster Sekretär des ZK der KPdSU, auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages

Verehrter Genosse Vorsitzender!  
Genossen!

Gestatten Sie, vor allem dem Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der Regierung der Volksrepublik Polen für die Gastfreundschaft sowie für die große Arbeit, die zur Vorbereitung der gegenwärtigen Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages geleistet wurde, den herzlichsten Dank auszusprechen.

Das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung messen dieser auf Initiative des ZK der SED einberufenen Beratung große Bedeutung bei. Die gemeinsame sachliche Erörterung aktueller internationaler Fragen und die Abstimmung der Positionen unserer Länder in diesen Fragen werden einen wesentlichen Beitrag zur Festigung des Friedens leisten und der Stärkung der Geschlossenheit der sozialistischen Staaten dienen.

I.

In der Rede des Genossen Ulbricht wurde eine allgemeine Charakteristik der internationalen Lage und eine prinzipielle Einschätzung des Projektes der multilateralen NATO-Kernstreitmacht gegeben, und es wurden Vorschläge über das gemeinsame außenpolitische Vorgehen der Länder des Warschauer Vertrages unterbreitet. Nach unserer Meinung verdienen die von ihnen zum Ausdruck gebrachten Überlegungen zu diesen großen und wichtigen Fragen unsere Aufmerksamkeit.

Ich glaube, daß alle Genossen sich der Meinung anschließen, daß die Pläne zur Schaffung der multilateralen Kernstreitmacht, oder, nach der englischen Variante, die atlantische Streitmacht, sowohl eine politische als auch eine militärische Seite haben. Diese Frage kann nicht isoliert betrachtet werden, ohne Beachtung ihres Zusammenhanges mit den Veränderungen, die in der internationalen Arena im Kräfteverhältnis vor sich gegangen sind, mit

dem allseitigen und angestregten Kampf, den die sozialistischen Länder, die internationale Arbeiterklasse mit den kommunistischen Parteien an der Spitze und die nationale Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus, gegen seine Politik der Aggression und Versklavung der Völker führen.

Die Tatsachen bestätigen, daß die imperialistischen Mächte und vor allem die aggressivste von ihnen, die USA, bestrebt sind, die äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in unseren Ländern zu erschweren, die Einheit und Geschlossenheit der großen sozialistischen Gemeinschaft zu untergraben, die nationale Befreiungsbewegung mit allen Mitteln zu unterdrücken und den Übergang neuer Völker zum Sozialismus zu hemmen.

Die internationale Lage entwickelt sich jedoch insgesamt zugunsten des Sozialismus, der Befreiungsbewegung, zugunsten der um den Frieden kämpfenden Völker.

Trotz allem bleibt die internationale Lage kompliziert, in einer Reihe von Gebieten der Welt vollzieht sich ein heftiger und zäher Kampf, der erneut bestätigt, daß sich die Natur des Imperialismus und seine aggressiven Bestrebungen nicht geändert haben. Die Imperialisten sind über das Anwachsen der Kräfte des Sozialismus und des Fortschritts beunruhigt und versuchen mit allen Mitteln, die Positionen zurückzuerobern, die ihnen die Völker in ihrem Befreiungskampf abgerungen haben. Die Erfolge der sozialistischen Länder, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsrevolutionen unterhöheln und zerstören das imperialistische Weltssystem.

Die Errungenschaften der Sowjetunion bei der Entwicklung von Kernwaffen und Trägermitteln haben den USA das Atommonopol genommen und die Bedeutung ihrer Militärstützpunkte an den Grenzen der sozialistischen Länder vermindert.

Die von unseren Wissenschaftlern, Konstrukteuren, Ingenieuren, Erfindern und Arbeitern geschaffene Kriegstechnik garantiert, daß jedem Aggressor ein solcher Schlag versetzt wird, daß die Imperialisten nicht mehr umhin können, dem Rechnung zu tragen. In der Sowjetunion wird eine große Arbeit geleistet, um die neuesten Waffenarten zu vervollkommen. Die Imperialisten kennen unsere Verteidigungsmöglichkeiten, sie wissen, daß ein Überfall

auf die sozialistischen Länder, ein Aggressionskrieg gegen sie, eine vernichtende Vergeltung mit Raketen und Kernwaffen nach sich zieht.

Die Imperialisten können es sich nicht leisten, einen atomaren Weltkrieg gegen die sozialistischen Länder zu entfesseln, ohne nicht gleichzeitig ihre Länder der Vernichtung preiszugeben. Unter diesen Bedingungen widmen sie den politischen, ökonomischen und ideologischen Mitteln des Kampfes gegen den Sozialismus immer größere Aufmerksamkeit und setzen ihre Hoffnungen immer mehr auf die sogenannten lokalen Kriege, wahrscheinlich in der Annahme, daß der Kernwaffenbesitz ihnen als eine Art Versicherung dienen und es ihnen gestatten kann, um die Vergeltung für eine Aggression herumzukommen. Nach unserer Meinung muß man unter Berücksichtigung dieser Tatsachen an die Frage der Vervollkommnung der im Besitz der sozialistischen Länder befindlichen herkömmlichen Waffen, der Waffenhilfe für die der imperialistischen Aggression ausgesetzten Völker herangehen.

Die Erfahrungen beweisen, daß jeder Schritt vorwärts in Richtung auf die Minderung der internationalen Spannungen in schwierigem und kompliziertem Kampfe errungen wird und daß die imperialistischen Mächte in dem Maße, wie sie das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anerkennen, das nur unter dem Druck der sozialistischen Länder, der kommunistischen und Arbeiterbewegung, unter dem Druck der unabhängigen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas tun. Getreu seiner aggressiven Natur, ist der Imperialismus bestrebt, nach Möglichkeit jeden erzwungenen Schritt zur Minderung der internationalen Spannungen durch Provokationen und militärische Abenteuer in dem einen oder anderen Gebiet der Welt wettaumachen. Und wenn gegen den Imperialismus kein entscheidender Kampf geführt wird, so ist er, wie die Tatsachen beweisen, fähig, eine noch größere Aggression zu entfesseln, um zu versuchen, die Bewegung der Völker für Frieden und sozialen Fortschritt im Blute zu ersticken.

Wir alle, Genossen, nehmen uns das, was in der Kubafrage geschieht, zutiefst zu Herzen. Hier dürfen Möglichkeiten ernster militärischer Provokationen nicht ausgeschlossen werden. USA-Staatsmänner, darunter auch Präsident Johnson, erklären, daß die USA nicht beabsichtigen, in Kuba einzufallen, daß sie keinerlei aggressive Absichten gegenüber Kuba hegen. Jedoch zeugen die Fortsetzung des wirtschaftlichen Boykotts Kubas, die Unterstützung kubanischer konterrevolutionärer Emigranten, die antikubanischen Maßnahmen, die die USA den lateinamerikanischen Staaten im Rahmen der Organisation der amerikanischen Staaten aufzwingen, von der aggressiven Haltung der USA gegenüber Kuba.

Deshalb müssen wir immer wachsam sein und das brüderliche Kuba unterstützen. Unsere Freunde wissen natürlich sehr wohl, daß wir Kuba große ökonomische und militärische Hilfe erweisen, daß sich dort unser Militärpersonal befindet. Kurz gesagt, die Sowjetunion widmet dieser Frage große Aufmerksamkeit. Die Unterstützung des sozialistischen Kuba halten wir für die internationale Pflicht aller sozialistischen Staaten und aller freiesinnigen Völker.

In Südvietnam führen die USA einen offenen Krieg gegen das vietnamesische Volk und unterhalten dort starke Streitkräfte. Die Politik gegenüber Vietnam ist eine Illustration des allgemeinen aggressiven Kurses der USA in Südostasien. Trotz aller ihrer Mißerfolge gehen die amerikanischen Imperialisten nicht von dem Versuch ab, die Südvietnam-Frage militärisch zu lösen.

Man kann auch die Möglichkeit neuer aggressiver Handlungen der USA gegen die Demokratische Republik Vietnam nicht ausschließen. Wie Ihnen, Genossen, bekannt ist, hat die Sowjetunion erklärt, daß sie, wenn es die Situation erfordert, der Demokratischen Republik Vietnam die erforderliche Hilfe leisten wird. Jetzt schicken wir die notwendigen Waffen in die DRV. Außerdem haben wir der Führung der DRV vorgeschlagen, Luftabwehrraketen und andere militärische Mittel zu liefern und sowjetisches Personal zur Bedienung dieser mächtigen modernen Technik zu entsenden. Nunmehr ist auf unsere Initiative eine Vereinbarung darüber erzielt worden, daß in Kürze eine Delegation von uns in die DRV reist, um mit der Führung der DRV-Fragen zu besprechen, die die weitere Entwicklung der Zusammen-

arbeit zwischen der UdSSR und der DRV, einschließlich der Gebiete der militärischen Zusammenarbeit betreffen.

Ein Ausdruck der Aggressionspolitik des Imperialismus, seiner Versuche, sich die verlorenen Positionen besonders in Afrika zurückzuerobern, ist die kürzliche Intervention in Kongo. Die offene Einmischung der Imperialisten in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Völker, die Versuche, ihnen den Willen der Imperialisten mit Waffengewalt aufzuzwingen, können auch weiterhin erfolgen, wenn ihnen nicht der gebührende Widerstand entgegen gesetzt wird.

All das unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit der Wachsamkeit seitens der sozialistischen Länder angesichts der aggressiven Pläne. Im Grunde genommen versuchen die imperialistischen Mächte, unsere Einheit, Stärke, Festigkeit und Entschlossenheit abzutasten und festzustellen, ob es nicht schwache Stellen gibt, die sie für ihre Zwecke ausnutzen könnten.

Die internationale Lage diktiert, die Notwendigkeit in Betracht zu ziehen, daß die größten kapitalistischen Mächte neue, oftmals äußerst heimtückische Kampfmethoden entwickeln und sie immer mehr zum Schwerpunkt machen. Darin einbegriffen sind solche Methoden, wie die Ausnutzung der immer noch gewaltigen ökonomischen und technischen Ressourcen, über die die kapitalistischen Staaten verfügen, Methoden der Korruption und Einschleusung von Agenten, insbesondere unter dem Deckmantel des sogenannten "Friedenskorps", sowie ideologische Mittel der Einmischung in innere Angelegenheiten der Völker und vor allem der wirtschaftlich unterentwickelten Länder.

Der sich gegenwärtig in der Welt vollziehende erbitterte Kampf der beiden sozialen Systeme erfordert von uns die Stärkung der Geschlossenheit und Einheit, eine aktive Außenpolitik, Elastizität und die Anwendung verschiedener Formen und Mittel des Kampfes unter Berücksichtigung der Situation, um jede Möglichkeit im Interesse der Länder des Sozialismus, der Sache des Friedens und des Fortschritts auszunutzen.

## II.

Genossen! Die sowjetische Delegation stimmt der Einschätzung der gefährlichen Folgen, die die imperialistischen Pläne zur Schaffung einer multilateralen Kernstreitmacht, darunter auch der englischen Variante, hervorrufen, die in der Rede des Genossen Ulbricht zum Ausdruck gebracht wurde, zu. Welche Form die Absicht der imperialistischen Mächte auch annimmt - die Form des amerikanischen oder des englischen Planes -, die Verwirklichung dieser Absicht droht mit der Verstärkung des atomaren Wettlaufens, der Einbeziehung immer neuer Staaten in das Wettlaufen, der Anspannung der internationalen Spannungen und dem Anwachsen der Kriegsgefahr in Europa und in der Welt.

Das Projekt der multilateralen Kernstreitmacht stellt einen außerordentlich gefährlichen Schritt bei der Verbreitung der Kernwaffen dar und zwar auf Kosten eines Kompromisses gegenüber den eifrigen Bestrebungen des westdeutschen Militarismus, der aggressivsten Kraft in Europa. Noch vor kurzer Zeit gab es auf der Erde nur zwei Atomkräfte. Jetzt sind es fünf - die Sowjetunion, die USA, England, die VRCh und Frankreich. Und wieviel können es in einem Jahr, in drei Jahren sein, wenn der Weiterverbreitung von Kernwaffen nicht Halt geboten wird? Unter den kapitalistischen Staaten, die über die potentiellen Möglichkeiten verfügen, Atomkräfte zu werden, nennt man Westdeutschland, Japan, Italien, Israel, Schweden und einige andere.

Eine nüchterne Analyse der gegenwärtig in der Welt bestehenden konkreten Situation und des Kräfteverhältnisses, insbesondere des ökonomischen und militärischen Potentials, zeugt davon, daß eine Weiterverbreitung von Kernwaffen den Ländern des Sozialismus nicht zum Nutzen gereichen würde. Man muß auch damit rechnen, daß die Verbreitung von Kernwaffen in der kapitalistischen Welt die Gefahr von Kernwaffenkonflikten bedeutend erhöhen würde.

Die Gefährlichkeit der Pläne für eine multilaterale Kernstreitmacht besteht darin, daß die Schaffung dieser Streitkräfte so oder so ein Mittel zur Vorbereitung eines neuen Krieges wäre. Ja, Genossen, ein Mittel zur Vorbereitung eines neuen Krieges. Deshalb ist der Kampf für die Durchkreuzung der Pläne zur Schaffung der multilateralen Kernstreitmacht der NATO jetzt die gemeinsame wichtige Aufgabe der sozialistischen Länder.